

Die politische Alternative in der Rentenpolitik

Mit dem dritten Sanierungsversuch innerhalb von zwölf Monaten hat die Krise der Rentenfinanzen eine neue Qualität erreicht. Jetzt geht es nicht mehr nur um Milliarden-Defizite, sondern die Rentenreform von 1957 steht auf dem Spiel. Bundesregierung und SPD/FDP-Koalition verfolgen mit der von ihnen immer wieder gestellten Frage nach der Alternative der Union ein doppeltes Ziel: Sie wollen einmal von ihrer Verantwortung ablenken und zugleich CDU und CSU für die Demontage der seit Konrad Adenauer und Anton Storch bewährten Rentenreform mitverantwortlich machen. Die Rentenkrise ist nichts anderes als eine folgenschwere Konsequenz der verfehlten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der vergangenen acht Jahre, und zwar gegen alle Warnungen und Alternativvorschläge der Union sowie führender Sachverständiger.

Die nachfolgende Dokumentation erläutert die Zusammenhänge im einzelnen; sie wurde auf Anregung von Hans Katzer vom Koordinierungsstab Gesellschaftspolitik der Bundestagsfraktion zusammengestellt.

1. Solide Zukunftssicherung oder weitere Flickschusterei: Warnsignale einer gefährlichen Entwicklung der Sozialpolitik

1.1. Rentensanierung ohne Ende

Die Probleme der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stehen nunmehr seit 1975 im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Rechtzeitig haben sowohl Sachverständige außerhalb des Parlaments als auch die CDU/CSU darauf aufmerksam gemacht und die Bundesregierung aufgefordert, ausreichende Maßnahmen zur dauerhaften und soliden Konsolidierung der Rentenfinanzen einzuleiten. Selbst als sich die Probleme zusehends verschärften, hat die SPD/FDP-Bundesregierung sie immer noch geleugnet. Schließlich – als im Zuge der gesetzlich

vorgeschriebenen jährlichen Rentenanpassung Maßnahmen unabweislich wurden - hat sie das wahre Ausmaß der Erschütterung der finanziellen Grundlagen der Rentenversicherung sträflich verharmlost.

Jetzt rächte es sich, daß die **Bundesregierung allen Warnungen zum Trotz der dringend notwendigen dauerhaften Absicherung der Rentenfinanzen auf der Grundlage der wirtschaftlichen Wiederbelebung ausgewichen** war. Gefangen in der Versuchung, zum Zwecke der allmählichen Gewöhnung der Bürger an die schließlich immer härteren Eingriffe nur die jeweils aktuellen Finanzierungsprobleme einzugestehen, wurde anstelle einer Wiederherstellung des Vertrauens der Rentner und Beitragszahler in die Solidität des Generationenvertrages eine **Politik der Flickschusterei** betrieben: Der inzwischen vorgelegte Gesetzentwurf zur 21. Rentenanpassung ist nun schon der dritte Versuch der SPD/FDP-Koalition innerhalb eines Jahres, den Konsequenzen der Fehler und Versäumnisse ihrer Politik in der Vergangenheit zu entfliehen. Nun wird die Bruttolohnbezogenheit der Rentenanpassungen außer Kraft gesetzt. Die Hauptlast des bis 1982 aufzubringenden Sanierungsbedarfs sollen die Rentner tragen. Die Beitragszahler weiter zu schröpfen, steht auf dem Programm, nachdem rundum schon alle Kassen geplündert worden sind. Neue Belastungen für alle an der Rentenversicherung Beteiligten werden folgen, wenn sich die wirtschaftlichen Grundannahmen schlechter als vorgesehen entwickeln.

In dieser Situation, da die **Krise der Rentenversicherung eine neue Qualität erlangt hat**, weil es inzwischen längst nicht mehr nur um Milliarden-Defizite geht, sondern in Wahrheit die **Rentenreform von 1957 auf dem Spiele** steht, kann es für die Union keinen Zweifel über die Ziele und Bedingungen einer dauerhaften Konsolidierung geben.

1.2. SPD/FDP drücken sich um die Verantwortung

Nirgendwo deutlicher als in der Zuspitzung der Krise der Rentenfinanzen zeigt sich, daß die leichtfertige Vernachlässigung grundlegender Zusammenhänge der Politik, die Überforderung der Unternehmen und der Arbeitnehmer und die Überbeanspruchung des Sozialprodukts durch den Staat schließlich dort enden, wo die **Fundamente von Wirtschaft und Gesellschaft gefährlich erschüttert werden. Um so dringender erscheint es deshalb, die Ursachen und Verantwortlichkeiten zu untersuchen, von denen die für den Bestand des sozialen Sicherungssystems bedrohliche Entwicklung direkt abhängt.** Dies um so mehr, weil seit dem für Sozialdemokraten geradezu elektrisierenden Schock des wirtschaftlichen Rückschlags der erneute Versuch zu erkennen ist, wieder einmal aus der Not eine ideologische Tugend zu machen. Schon schöpfen aus der fortschreitenden Krise des Systems der sozialen Sicherung die Systemüberwinder neue Hoffnungen.

2. Die Ursachen der Aushöhlung des sozialen Sicherungssystems

Die beklagten **Fehlentwicklungen** im wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Bereich wurden entgegen den Behauptungen, die inzwischen mit Bedacht ausge-

streut werden, nicht durch die Soziale Marktwirtschaft als Ordnungssystem hervorgebracht. Vielmehr **haben sie ihre Ursachen in der Mißachtung der Prinzipien unserer Ordnung, des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes und der Überforderung des Sozialprodukts im Gefolge einer Reformpolitik ohne Augenmaß.** In Wahrheit sind die Ausgangspunkte der Erschütterungen auch des Systems der sozialen Sicherung und speziell der Rentenversicherung: die staatliche Vollbeschäftigungsgarantie, die von der SPD geschürte Anspruchsinflation, die Inflationsduldung und schließlich die Investitionsschwäche und die Dauerarbeitslosigkeit.

Unaufholbare Wachstumsverluste, Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe, eine von Jahr zu Jahr steigende Anzahl von Unternehmenszusammenbrüchen und die Aushöhlung der finanziellen Grundlagen des sozialen Sicherungssystems sind mithin nicht die Folge der Unfähigkeit unserer Wirtschafts- und Sozialordnung, die im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz gestellten Aufgaben zu lösen. Sie sind vielmehr **das Ergebnis von grundsätzlichen Fehlentscheidungen der Verantwortlichen bei der Anwendung des Steuerungsinstrumentariums der Sozialen Marktwirtschaft, die zu einem enormen Konsolidierungsbedarf in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik geführt haben.**

3. Politik der sozialen Sicherung am Wendepunkt

3.1. Grundlagen und Maßstäbe politischen Handelns

Entsprechend diesen Zusammenhängen **wird eine dauerhafte und solide Konsolidierung** sowie die Bewältigung sich bereits heute abzeichnender neuer Probleme **nicht möglich sein, ohne die Fundamente der Ordnung wieder zu festigen, verzerrte Proportionen zu korrigieren und die Verantwortlichkeiten der Gruppen wie des Staates neu zu bestimmen und für deren Einhaltung zu sorgen.** Das schließt ein, das **Vertrauen zu stärken, daß die Probleme – so schwierig sie im einzelnen auch sind – im Rahmen der bewährten Ordnung gelöst werden.** Demgegenüber können alle Eingriffe, die den Zusammenhang der Elemente unserer Wirtschafts- und Sozialordnung außer acht lassen, auf Dauer nur die Probleme verschärfen.

3.2. Enge Grenzen der Aktionsspielräume

Die **Rentenversicherung** in eine Dauermisere zu manövrieren, ist der SPD/FDP-Koalition in wenigen Jahren gelungen. Im Jahre 1969 wurde ihr von der Union eine finanziell geordnete und langfristig gesicherte Rentenversicherung übergeben. Für die sich abzeichnende Belastung der Rentenversicherung aufgrund des sich verschlechternden Altersaufbaus der Bevölkerung war hinreichend Vorsorge getroffen. Die Rentenversicherung war im übrigen im Rahmen einer Stabilitätspolitik auf eine solide Grundlage gestellt.

Die **tragfähige Basis der Rentenfinanzierung** wurde in den folgenden Jahren insbesondere **durch sozialpolitische Beschlüsse von Bundesregierung und Gesetzgeber schwer erschüttert.** In Erwartung inflatorisch aufgeblähter Lohnsteigerungen und der sich daraus rechnerisch ergebenden Milliardenüberschüsse in der Rentenversicherung wurden weitreichende „Reformen“ **durchgeführt, denen risikoreiche Vorausschätzungen über das Rücklagevermögen zugrunde lagen.** Es handelte sich

insbesondere um folgende Maßnahmen, die bis 1977 insgesamt ein Finanzvolumen von mehr als 70 Mrd DM ausmachten:

Abschaffung des Krankenversicherungsbeitrags der Rentner

Nichterlassen von Verordnungen über die Zahlungen der Rentenversicherung an die Krankenversicherung der Rentner

Einführung der flexiblen Altersgrenze

Vorziehung des Rentenanpassungstermins

Rente nach Mindesteinkommen

Die Größenordnung dieser Aufwendungen macht deutlich, daß die **Sanierungsmaßnahmen des 20. Rentenanpassungsgesetzes in Wahrheit nur dazu gedient haben, die Mehrausgaben und Mindereinnahmen seit 1970 nachträglich zu finanzieren.**

Das Ergebnis der Politik der SPD/FDP-Koalition ist eine drastische Verengung der politischen Handlungs- und Entscheidungsspielräume, die die SPD von neuem verleitet, ihr Heil in Variationen der Nivellierungspolitik zu suchen, die nicht zuletzt das Leistungsstreben gedämpft und die Risikobereitschaft gedrosselt hat. Diese Einengung der politischen Gestaltungsmöglichkeiten in bezug auf die Rentenversicherung spiegelt sich vor allem in folgenden Zusammenhängen wider:

Durch die auf absehbare Zeit anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die versäumte Korrektur von nun auf Dauer nachzufinanzierenden Umverteilungsmaßnahmen sind die **Grundbedingungen einer dauerhaften Sanierung der Finanzen im Sozialversicherungsbereich nicht gegeben.**

Die **Grenze der Belastbarkeit** von Arbeitnehmern und Unternehmern **mit Steuern und Sozialabgaben ist längst erreicht.** Jede zusätzliche Belastung würde den dringend erforderlichen Prozeß der Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums weiter hemmen und Leistungsanreize drosseln.

Die **Verschuldungsgrenze des Bundeshaushalts ist überschritten.** Die Schulden zugunsten der Lösung der Finanzprobleme in der Sozialversicherung auszuweiten würde bedeuten, die ohnehin längst fällige Bereinigung der Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte und die Eindämmung des Wachstums der Staatstätigkeit noch weiter hinauszuschieben. Damit aber würde auch die Chance verringert, mittels öffentlicher Investitionen Wachstumsimpulse auszulösen, die – flankiert von entsprechenden privaten Anstrengungen – entscheidend zur Wiederankurbelung der Wirtschaft beitragen können.

Durch das hartnäckige Leugnen der Probleme und die unverantwortliche Verzögerung von dringend notwendigen Entscheidungen auf Regierungsseite ist der Konsolidierungsbedarf im Bereich der sozialen Sicherung in einem Maße gewachsen, das eine solide Politik ohne Zweifel zu harten Eingriffen zwingen müßte.

Nachdem die SPD/FDP-Koalition rundum die einzelnen Zweige der Sozialversicherung zur Kasse gebeten hat, versucht sie nun, unter dem Zeichen angeblicher Ausgewogenheit der Eingriffe in erster Linie die Rentner zu belasten, dabei nach

mehreren Jahren gedämpfter Einkommensentwicklung der Erwerbstätigen bei den Rentnern Opferbereitschaft und bei den Arbeitnehmern gleichsam Neidgefühle erwartend. Da man aber beiden Gruppen nicht zumuten möchte, über das Ausmaß der anstehenden Belastungen voll aufgeklärt zu werden, ist in Gestalt propagandistischer Formeln der Ausweg schon gefunden: Rentenkürzung wird zur Rentensteigerung, die Durchlöcherung tragender Prinzipien und Berechnungsgrundlagen zur Sicherung des Systems erklärt.

Eine deutliche Einschränkung des politischen Handlungsspielraumes ergibt sich auch daraus, daß – trotz verhältnismäßig hoher Steigerungen in den letzten Jahren – **viele Renten noch immer sehr niedrig** liegen. Bezieht man die niedrigen Renten in die Sanierungsaktion ein, bedeutet das im Endergebnis nur eine weitere Belastung der Sozialhilfeträger.

Mittelfristig wird die Leistungsfähigkeit der Rentenversicherung in besonderem Maße durch die Erfüllung des Auftrages des Bundesverfassungsgerichts, bis 1984 Mann und Frau im Rentenrecht gleichzustellen, beansprucht. **Langfristig** zeichnet sich zudem schon heute eine den Bestand des Generationenvertrages bedrohende Bevölkerungsentwicklung ab.

Durch diese Einengung der Entscheidungsspielräume spitzen sich die Sanierungsmöglichkeiten bei Fortdauer der Politik der SPD/FDP-Koalition zunehmend auf die Umverteilung innerhalb des Systems der sozialen Sicherung zu, ohne eine dauerhafte, sozial gerechte und ökonomisch tragbare Konsolidierung überhaupt in Gang zu setzen. Diese kann im Rückblick auf die Quellen des heute allgegenwärtig spürbaren Nachfinanzierungsdrucks nur mit einem grundlegenden Wandel der Politik eingeleitet werden.

4. Entscheidungen für die Alternative Wachstum

4.1. Die Bundesregierung hat ihre Chance vertan

Seit mehr als drei Jahren hat die durchschnittliche Arbeitslosenziffer die Millionen-grenze überschritten. Eine Besserung ist unter den Bedingungen der Politik der Bundesregierung in naher Zukunft nicht in Sicht, weil nach wie vor die gleichen Ursachen der extrem hohen Unterbeschäftigung weiter wirken wie bisher. Darüber hinaus wird in den nächsten Jahren die Zahl der deutschen Erwerbspersonen beträchtlich steigen, da die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre in das Berufsleben drängen.

Hatte die Bundesregierung früher einen baldigen wirtschaftlichen Aufschwung propagiert und damit den Bürgern einreden wollen, der konjunkturelle Aufschwung werde die nahezu automatische Lösung der wirtschaftspolitischen Probleme in Gang setzen, so sind inzwischen pessimistische Töne vernehmbar; an die Stelle des Zweckoptimismus ist wieder das sog. Krisenmanagement getreten.

Keine Propaganda kann jedoch darüber hinwegtäuschen: **Die Bundesregierung hat ihre Chance gehabt, eine Politik herbeizuführen, die der Sicherung der Zukunft den Vorzug einräumt. Zu schwerwiegend sind inzwischen die Unterlassungen, zu**

tiefgreifend die Spuren einer verfehlten Politik, als daß dieselbe Regierung, die ihre weitreichenden Konsequenzen zu verantworten hat, mit wenigen Retuschierungen das Vertrauen wiederherstellen könnte, das die unabdingbare Grundlage eines wirtschaftlichen Wiederaufschwungs mit angemessenem Wachstum in Stabilität ist.

4.2. Die Position der CDU/CSU

Wenn die Soziallasten gerecht verteilt und alle weiteren, das Wirtschaftswachstum noch mehr hemmenden Maßnahmen vermieden werden sollen, ist es **von entscheidender Bedeutung**, als erstes **nicht den Rahmen und die Maßstäbe zu akzeptieren, die die SPD/FDP-Koalition mit ihren rentenpolitischen Entscheidungen zu setzen versucht**. Dies verbietet zudem schon die Taktik der Koalition, die parlamentarische Opposition in die Verantwortung für ein unzureichendes und dazu auf nach wie vor nur labilen Annahmen beruhendes Konzept einzubinden, um danach – wie schon nach Verabschiedung des letzten Renten Anpassungsgesetzes – die Vorschläge der CDU/CSU erneut (zum Zwecke der Ablenkung von den eigenen Versäumnissen) zu diffamieren.

Für die Union ist es statt dessen **unumgänglich**, sowohl in der Kontinuität der eigenen Politik als auch im Hinblick auf die zwingenden sachlichen Zusammenhänge **im Rahmen der Option für eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik alle Anstrengungen auf die Wiedererlangung eines angemessenen Wirtschaftswachstums in Stabilität zu richten, das allein die Vollbeschäftigung wiederherstellen und damit auch die finanziellen Grundlagen der sozialen Sicherung auf Dauer stabilisieren kann**.

Freilich, die erforderlichen Wachstumsraten, die nicht nur den Beschäftigungsrückgang der Vergangenheit ausgleichen, sondern auch die dringend benötigten hunderttausende von Arbeitsplätzen für die geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten Jahren bereitstellen sollen, sind in einer Marktwirtschaft nicht zu verordnen, sie müssen vielmehr aus der Initiative und der Risikobereitschaft möglichst vieler wachsen.

Ohne jeden Zweifel werden **über Jahre hinweg erhebliche Anstrengungen erforderlich** sein, um den enormen Konsolidierungsbedarf insbesondere im Bereich der sozialen Sicherung zu decken. Die **Ziele müssen ehrgeizig sein**, wenn man bedenkt, welche Kräfte der wirtschaftlichen Entfaltung in Gang gesetzt werden müssen, um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden. Aber wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit Recht hervorgehoben hat, muß sich jede Strategie für die Lösung der Probleme „vor allem daran messen lassen, wieviel Kraft sie zur Lösung der mittelfristigen Probleme aufbringt“. Dabei führt kein Weg daran vorbei, daß **mittelfristig ein ausreichendes und stetiges Wirtschaftswachstum allein die Voraussetzungen dafür schaffen kann, ohne gefährliche soziale Spannungen schrittweise die Probleme zu lösen, die allenthalben als Verengung der politischen Handlungsspielräume erlebt werden**:

Die **Arbeitslosigkeit** und die aus ihr resultierenden enormen volkswirtschaftlichen Belastungen sind nur zu **beseitigen**, wenn **durch ausreichende private und öffentliche Investitionen Ersatz für die weggefallenen Arbeitsplätze geschaffen, neue Arbeits-**

plätze bereitgestellt und das wirtschaftliche Wachstum insbesondere auch durch die Stärkung der wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen gesichert wird.

Die Dimensionen der Anforderungen an die Wirtschaftspolitik sind allerdings beträchtlich:

„Eine über mehrere Jahre anhaltende Welle von Investitionen ist nötig, um wieder Vollbeschäftigung zu erreichen. Daran führt kein gangbarer Weg vorbei.“ (Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1976/77)

Erst die Lösung der Beschäftigungsprobleme stellt mit dann wieder steigenden Beitragseinnahmen der Sozialversicherung eine **solide Sanierung der Finanzen der Versicherungsträger** sicher. 100.000 Empfänger von Arbeitslosengeld kosten die Arbeitslosenversicherung derzeit rd. 1,2 Mrd DM pro Jahr. Obwohl die Bundesanstalt für Arbeit ab 1. 7. 1978 für die Arbeitslosen Rentenversicherungsbeiträge entrichtet, bedeuten 100.000 Arbeitslose immer noch einen Beitragsausfall von rd. 250 Mio DM pro Jahr für die Rentenversicherung, da nur ein Teil der Arbeitslosen anspruchsberechtigt ist und zudem nur ein Teil des durchschnittlichen Versichertenentgeltes der Beitragsberechnung zugrunde liegt.

Vollbeschäftigung, ausgelastete Kapazitäten und die sich daraus ergebenden steigenden Unternehmenserlöse erhöhen die **Steuereinnahmen des Staates**, die zunächst zur Konsolidierung der Haushalte und darüber hinaus in bezug auf die Flexibilität staatlicher Konjunkturpolitik unerlässlich sind.

Ein mittelfristig wieder steigendes Wirtschaftswachstum ist schließlich die entscheidende Voraussetzung, sich bereits heute deutlich abzeichnende **Probleme zukünftiger Politik** (z. B. Bevölkerungsentwicklung, damit Familienpolitik) zu meistern, Verteilungskämpfe zu entschärfen und die im Interesse aller Bürger liegenden öffentlichen Aufgaben der Zukunftssicherung (z. B. Umweltschutz) zu erfüllen.

Zentrales Ziel der Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Überwindung der durch die Politik von SPD und FDP herbeigeführten Probleme ist es deshalb, durch Anregung ausreichender privater und öffentlicher Investitionsnachfrage das Wirtschaftswachstum zu mobilisieren. **Wirtschaftswachstum ist dabei kein Selbstzweck, sondern eine unabdingbare Voraussetzung zur Lösung der Probleme. Eine verantwortliche Politik ist hierbei in erster Linie im Rahmen der Einkommens- und der Steuerpolitik gefordert.**

Zu den Prinzipien der Marktwirtschaft gehört es, daß die Tarifaufonomie trotz der unbestreitbaren Interessengegensätze der **Tarifparteien** ein anerkanntes Mittel ist, die Konflikte zu kanalisieren und sie damit für die Gemeinschaft fruchtbar zu machen. Nach wie vor ist der soziale Konsensus in der Bundesrepublik Deutschland ausreichend genug, dem Wiederaufschwung dienende Rahmenbedingungen auf der Einkommensseite zu schaffen. Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik muß es daher in erster Linie sein, die Tarifparteien wieder in ihre Mitverantwortung für Vollbeschäftigung und stabile Preise einzusetzen, um den verhängnisvollen Kreis-

lauf von Kostensteigerungen, Preisüberwälzungen und schließlich Arbeitslosigkeit zu durchbrechen. Das setzt allerdings entscheidend voraus, daß die staatliche Wirtschaftspolitik **verlässliche Rahmenbedingungen und Orientierungen** vorgibt, die auf mittlere Sicht die Absichten und Ziele der Politik festlegen.

Um langfristig die Eigenkapitalbasis der Unternehmen zu Investitionszwecken zu stärken und gleichzeitig einen sozialen Ausgleich für stabilitätsgerechte Lohnabschlüsse zu gewährleisten, ist eine **aktive Vermögenspolitik** für Arbeitnehmer erforderlich.

Das **wichtigste Instrument** aber, die private Initiative zu mobilisieren und die notwendige Kostendämpfung auf der Produktionsseite einzuleiten, ist eine **offensive Politik der Steuerentlastung**. Denn gerade die von der SPD bewußt in Gang gesetzte Ausweitung des „öffentlichen Korridors“ hat nicht nur die Steuer- und Abgabenbelastung von Bürgern und Unternehmen schon über den kritischen Punkt hinausgeführt, sondern auch die Spielräume der öffentlichen Haushalte dergestalt drastisch eingeschränkt, daß die Konsolidierungsprobleme zwangsläufig auf neue Belastungen hinauslaufen. Damit muß ein Ende gemacht werden.

Hier handelt es sich nicht nur um ein Instrument der Politik im Rahmen weitgefächerter anderer Möglichkeiten, sondern um den **Ausdruck einer Neuorientierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik** zum Zwecke der Wachstumsbelebung, wie Kurt Biedenkopf treffend ausgeführt hat:

„Der Kampf um den Staatsanteil als einen Ausdruck des Sozialisierungsgrades der Wirtschaft wird an den Frontlinien der Steuerpolitik und der Staatsverschuldung geführt. Hier wird die Union hart bleiben: Die Entlastung des Steuerzahlers ist nicht nur ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft und der Leistungsgerechtigkeit, sondern auch ein Mittel zur Disziplinierung der Politik auf realistische Ziele. Die Qualität einer Politik verändert sich zur Gefälligkeitsdemokratie, wenn die Politik durch uferlose Ausweitung des finanziellen Spielraums ihrer Grenzen beraubt – und maßlos wird.“

Deshalb wird die Union ihre Politik der Steuersenkung, die sie seit dem Sommer 1973 konsequent verfolgt hat, zu einem entscheidenden Element ihrer konkreten politischen Alternative zur Wiederbelebung des wirtschaftlichen Wachstums machen.

Einen anderen soliden Weg der Konsolidierung als den des wirtschaftlichen Wachstums in Stabilität gibt es nicht. Das ist die politische Alternative, die die Funktionsgrundlagen der sozialen Sicherung auf Dauer wieder zu festigen in der Lage ist; und das wird angesichts zukünftiger Belastungen notwendiger denn je sein.